

Stand: 14.04.2026 10:13:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2386

"Umfassende Studie zur Gesundheitsversorgung in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2386 vom 05.06.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/2957 des GP vom 25.06.2019
3. Beschluss des Plenums 18/3224 vom 18.07.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 26 vom 18.07.2019



Antrag

der Abgeordneten **Roland Magerl, Andreas Winhart, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

Umfassende Studie zur Gesundheitsversorgung in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine umfassende Studie zur Gesundheitsversorgung in Bayern auf den Weg zu bringen.

Die Studie soll dabei alle Aspekte der Gesundheitsversorgung (ärztliche Versorgung, Hebammen, Krankenhausstruktur, Heilmittelerbringer, Apotheken etc.) umfassen, die aktuelle Situation abbilden, aber auch die zukünftige Entwicklung aufzeigen (Altersstruktur, Praxisaufgaben, Veränderung der Krankenhauslandschaft, Entwicklung des beruflichen Nachwuchses, demografische Entwicklung etc.).

Die Studie soll spätestens im zweiten Quartal 2020 vorliegen und so eine Basis für künftiges Handeln schaffen und einen zielgerichteteren Mitteleinsatz ermöglichen.

Begründung:

Wissenschaftler und auch wir als Bayerischer Landtag machen derzeit immer einen Fehler: Wir stürzen uns auf Einzelaspekte. Eine Klinik schließt: Aktionsplan. Hebammen fehlen: Aktionsplan. Ärzte auf dem Land Mangelware: Aktionsplan. Getriggert wird dies oft auch durch die Betrachtung von Einzelaspekten in Erhebungen von Berufsverbänden oder wissenschaftlichen Studien, die nur einzelne Entwicklungen beleuchten. Was jedoch fehlt, ist die Zusammenschau aller Aspekte, die für eine Gesundheitsversorgung in Bayern wichtig sind. Ähnlich ergeht es uns auch mit der Polizeilichen Kriminalstatistik, welche nur das Hellfeld beleuchtet. Der Deutsche Viktimisierungssurvey lässt einen Einblick in das Dunkelfeld zu. Den periodischen Sicherheitsbericht, welcher alles zusammenfassen würde und eine solide Grundlage politischen Handelns wäre, gab es zuletzt 2006, weshalb wir die regelmäßige Neuauflage fordern.

Um auch im Bereich des Gesundheitswesens in Bayern einen umfassenden und nachhaltigen Blick für die tatsächliche Situation zu bekommen, sehen wir es als geboten an, eine umfassende Studie anzuregen, die alle Aspekte des Bereiches so beleuchtet und zusammenführt, dass wir für unsere politische Arbeit daraus einen nachhaltigen Nutzen ziehen und so für Bayerns Bürger überall gute Lebensverhältnisse schaffen können. Zudem ermöglicht es uns, konstruktiv über Entwicklungen zu diskutieren und nicht den Entwicklungen hinterherzulaufen oder nur dort zu agieren, wo am lautesten protestiert wird.

Die Studie müsste in der Gesamtschau die grundsätzlichen Aspekte ärztlicher, zahnärztlicher und psychotherapeutischer Versorgung regional abbilden. Wo gibt es Überversorgung, wo Unterversorgung, wo vielleicht schon gar keine Versorgung mehr. Aufgeschlüsselt nach Fachgebieten und Versorgungsbereich. Wie sieht es mit Wartezeiten auf Behandlungstermine aus etc.? Dazu die Abbildung der psychotherapeutischen Versorgung in Bayern aus ähnlichen Gesichtspunkten. Ob hier die Planungsregionen der

Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) als Grundlage genommen werden, obliegt dem Ersteller der Studie.

Das gleiche gilt für die Krankenhausstruktur. Wo gibt es wie viele Betten, wie sind diese ausgelastet, wo sind welche Fachabteilungen mit welchen Kapazitäten vorhanden etc.? Genauso für Rehabilitationseinrichtungen und Geriatrien. Ist ausreichend Pflegepersonal vorhanden? Wie sind die Ausbildungsquoten aktuell?

Wie entwickelt sich die Hebammensituation? Vorhandene Entbindungsstationen, niedergelassene und Beleghebammen, Anzahl der Entbindungen etc.

Weiterer Aspekt sind Apotheken und Heil- und Hilfsmittelerbringer. Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden etc. Wie sieht die Auslastung aus und die Wartezeiten auf Behandlungen? Welche Fahrtstrecken müssen Patienten aufwenden, um Apotheke oder Heil- und Hilfsmittelerbringer zu erreichen?

Wie ist die Versorgung mit Pflegeeinrichtungen? Pflegeplätze, Kurzzeitpflege, ambulante Pflege etc. Wie sind die Kapazitäten und die Auslastung? Wo gibt es schon Anbieter haushaltsnaher Dienstleistungen? Wo sind funktionierende Unterstützungsstrukturen aktiv?

Wie ist die rettungsdienstliche Struktur? Wie entwickeln sich die Einsatzzahlen, Standorte, Regionen in denen die Hilfsfristen nicht eingehalten werden können etc.? Wie entwickelt sich das Krankentransportaufkommen?

Sowie alle weiteren Gesichtspunkte, die für eine umfassende gesundheitliche Versorgung in Bayern nötig sind.

Neben der aktuellen Situation soll die Studie aber auch aufzeigen, wie sich die Situation entwickeln wird. Dazu bedarf es eines Abgleichs mit der demografischen Entwicklung in Bayern und der damit einhergehenden Verschiebung der Bedarfe. Wie entwickeln sich zudem die Anzahl der Medizin- und Zahnmedizinstudenten? Wollen sich diese niederlassen oder lieber angestellt arbeiten? Gibt es genug Auszubildende zum Physiotherapeuten etc.? Wo schließen Praxen? Sprich, wie ist die Altersstruktur ärztlichen Personals? Wo sind Krankenhäuser nicht ausgelastet und wollen einsparen? Bzw. wo werden Kapazitäten aufgebaut? Wie viele Hebammen werden ausgebildet? Wie ist der Trend? Wie könnte sich Akademisierung der Pflege und der Geburtshilfe auswirken? Wo sind Zentralisierungen geplant? etc.

Wir sehen hier eine Trendanalyse bis mindestens 2030 als notwendig an, um nachhaltig die Entwicklungen zu steuern.

Wir fordern die Staatsregierung deshalb auf, eine solche Studie in Auftrag zu geben. Wir stellen uns vor, dass in einem Auswahlprozess derjenige Ersteller der Studie zum Zuge kommen soll, der objektiv in der Lage ist, die aktuelle und die zukünftige Situation am umfassendsten aufzuzeichnen. Sehr wohl sind einige Zahlen bereits vorhanden, müssen jedoch nur noch regionalisiert werden. Andere Daten müssen erhoben werden, die Trends umfassend und repräsentativ entwickelt werden.

Wir denken, dass ein Jahr für Vergabe und Bearbeitung ausreichen sollte, weshalb wir eine Vorlage bis zum zweiten Quartal 2020 als machbar und auch geboten ansehen, da nur so für den Doppelhaushalt 2021/2022 zielgerichtete Projekte geplant und ermöglicht werden können.

Am Ende müssen wir in Bayern ein Gesundheitswesen schaffen, dass allen bayerischen Bürgern mit vertretbarem Aufwand eine gleich gute Versorgung ermöglicht.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Katrin Ebner-Steiner
u.a. und Fraktion (AfD)**
Drs. 18/2386

Umfassende Studie zur Gesundheitsversorgung in Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Roland Magerl**
Mitberichterstatterin: **Susann Enders**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 11. Sitzung am 25. Juni 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Roland Magerl, Andreas Winhart, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/2386, 18/2957

Umfassende Studie zur Gesundheitsversorgung in Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 32** auf:

Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)

Umfassende Studie zur Gesundheitsversorgung in Bayern (Drs. 18/2386)

Die Fraktionen sind übereingekommen, auf eine Aussprache zu verzichten. Wir kommen deshalb gleich zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen CSU, GRÜNE, FREIE WÄHLER, SPD und FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Herr Swoboda (fraktionslos). Damit ist der Antrag abgelehnt.